

Wirtschaft

Hinter die Fichte: Wie deutsche Wälder diverser werden und dem Klimawandel trotzen sollen [► Seite 20](#)

FOTO: H. KÜVERLING/IMAGO

DEBATTE ÜBER ABSCHIEBUNGEN

Nur nützlich

Den Wert eines Menschenlebens darf man nicht an seiner ökonomischen Verwertbarkeit festmachen.

Es dauerte nur ein paar Stunden. Noch wusste niemand, wo sich der gestürzte syrische Diktator Baschar al-Assad überhaupt aufhielt, da forderten die Ersten hierzulande schon schnelle Abschiebungen nach Syrien. Und ebenso schnell waren die sicherlich gut gemeinten Gegenargumente gefunden: Man kann die doch nicht einfach abschieben, schaut doch mal, wie wichtig sie für unsere Wirtschaft sind. Dabei ist der Gedanke, der im Kern dieses Gegenarguments steckt, kaum weniger herabwürdigend als der Rassismus hinter den Abschiebe-Forderungen. Es wird nur das eine Kriterium für die Bewertung eines Menschen – seine Herkunft – durch ein anderes ersetzt: seine wirtschaftliche Verwertbarkeit. Aber während offene Fremdenfeindlichkeit zu Recht beim Großteil der Gesellschaft auf Ablehnung stößt, ist die ökonomische Logik weitverbreitet.

So drehte sich die deutsche Debatte auch im Zuge des Krieges in der Ukraine schnell um die Frage, was wichtiger sei: dass ukrainische Fachkräfte den hiesigen Betrieben helfen oder dass sie als Soldaten daheim die europäische Freiheit verteidigen. Dabei müsste doch genügen, dass sie erst einmal eines sind: Kriegsflüchtlinge. Natürlich, die deutsche Wirtschaft war und ist abhängig von Arbeitskräften aus dem Ausland. Waren es früher die Gastarbeiter in der Industrie, sind es heute die Saisonarbeiter auf den Feldern, die 24-Stunden-Kräfte in der Pflege oder die Monteure auf dem Bau. Betrachtet man den Fachkräftemangel und die demografische Entwicklung, ist klar, dass das noch lange so bleiben wird. Und klar, Integration kostet: Zeit, Geld und Arbeitskraft. Es braucht Lehrerinnen, Sozialarbeiter, Beamte, die alle auch bezahlt werden wollen. Die Menschen aufzufordern, sich möglichst schnell am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zu beteiligen, ist deshalb nicht falsch. Aber es kann nicht das Kriterium dafür sein, ob sie Hilfe bekommen oder nicht.

Die Ver- und Abwertungslogik gilt nicht nur für Migranten

Doch nicht nur in der Integrations- und Migrationsdebatte steckt diese Ver- und Abwertungslogik. Sie steht im Zentrum vieler Sozialdebatten unserer Zeit – etwa, wenn es um die Forderungen nach Bürgergeldkürzungen für Langzeitarbeitslose geht. Aber verdienen ein menschenwürdiges Leben nur jene, die sich auch der Wirtschaft zur Verfügung stellen? Genau dieser Nützlichkeitsgedanke spielt auch in der Diskriminierung von Menschen mit Behinderung eine zentrale Rolle. Die könnten nicht so produktiv arbeiten wie Nicht-Behinderte und seien dabei sogar noch, Gott bewahre, eine Belastung für das Gesundheitssystem, heißt es. Auf dieser Basis wird dann auch gegen von Kritikern seit Jahren vorgebrachte Mindestlohnforderungen in Behindertenwerkstätten argumentiert. Man biete doch das Gefühl, zumindest irgendwie nützlich zu sein – dann sollten die Betroffenen sich auch mit einem Entgelt von durchschnittlich 220 Euro im Monat zufriedengeben! Das Ganze müsste für die Werkstattribetreiber ja auch wirtschaftlich tragbar sein. Dass eine normale Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen so praktisch unmöglich ist, ist recht offensichtlich, da reicht der Blick auf die Preisschilder im Supermarkt. Aber mit dem Argument des vermeintlich geringeren ökonomischen Nutzens wird auch hier der Wert des Menschen und seiner Arbeit gering geschätzt. Auch wenn der integrative Grundgedanke hinter den Werkstätten, die Einbindung von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsalltag, ein löblicher ist, sorgt seine Ausformung für das, was er eigentlich bekämpfen möchte: eine Herabwürdigung von Menschen.

Gerade in Deutschland, das sich seines humanistischen Wertesystems rühmt, ist das der falsche Ansatz. Der Wert eines Menschenlebens kann nicht relativiert werden, kann nicht zur Diskussion stehen, egal, wie die Begleitumstände aussehen mögen: Herkunft und Gesundheitszustand können keine Parameter der Bewertung sein – und auch nicht die ökonomische Verwertbarkeit. **Torben Kassler**



Torben Kassler findet Menschen meistens ganz okay, auch wenn sie nicht arbeiten.



Idyll anno 1965: eine Familie im Garten ihres Hauses in Frankfurt am Main. Noch immer ist das der Wohnraum vieler Deutscher. FOTO: J. H. DARCHINGER/FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

„Das Einfamilienhaus ist eine sexistische Wohnform“

Vater, Mutter, Kinder – alle glücklich vereint im Eigenheim mit Garten. So sieht der Traum von Millionen Deutschen aus. Warum eigentlich? Architekt Jan Engelke hat das erforscht. Und zieht radikale Schlüsse.

Interview: Kerstin Bund und Stephan Radomsky

Das Leben von Jan Engelke spielt sich in der Großstadt ab – aber sein Interesse gilt den Gegenden drum herum: den Einfamilienhaus-Siedlungen in den Speckgürteln und auf dem Land. Dazu forscht und lehrt der Architekt an der TU München am Lehrstuhl für Urban Design. Dabei geht es ihm um die Häuser, vor allem aber um die Menschen, die darin leben: Wie ihnen das Ideal vom eigenen Haus mit Garten eingetrichtet wird und sie dort dann auf viel zu viel Fläche alt werden. So aber könne es inmitten der Wohnungskrise nicht weitergehen, findet Engelke. Nur: Wie geht es besser? Zeit für ein Gespräch über Omis Häuschen und Wohnformen der Zukunft.



Jan Engelke hat in Zürich und Weimar Architektur studiert, jetzt forscht und lehrt er an der TU München. FOTO: FLORIAN PEJAK

SZ: Herr Engelke, drei von vier Deutschen wollen in den eigenen vier Wänden leben, am liebsten im Einfamilienhaus mit Garten. Woher kommt dieser Traum?

Jan Engelke: Dieser Traum ist vergleichsweise jung. Noch in den Fünfzigerjahren wollten gerade mal 18 Prozent der Deutschen im Eigenheim leben. Das Einfamilienhaus wurde erst in der Nachkriegszeit zum Kern der bundesdeutschen Wohnideologie.

Wie das?

Zunächst einmal musste man nach dem Krieg schlicht neu übers Wohnen nachdenken. Es waren ja viele Häuser und Wohnungen zerstört. Und mit dem Wirtschaftswunder war dann auch plötzlich das Geld dafür da.

Mit Blick auf seinen Flächen- und Ressourcenverbrauch ist das Einfamilienhaus schrecklich ineffizient. Wie konnte es sich trotzdem als Wohnideal durchsetzen?

Der Boom des Eigenheims war ein politisches Projekt: Es wurde unter Adenauer und späteren Kanzlern stark gefördert. Mit dem zweiten Wohnungsbaugesetz von 1956 wurde das Einfamilienhaus sogar zum obersten Ziel des sozialen Wohnungsbaus erklärt. Man wollte breite Kreise der Bevölkerung mit dem Grund und Boden verbinden. Das Gesetz erinnert in seiner Formulierung ein bisschen an die „Blut- und Boden“-Ideologie der Nationalsozialisten.

Was wollte die Politik damit bezwecken? Erklärtermaßen stand dahinter das Ziel, die Tatkraft und den Sparwillen des Volkes anzufeuern, wenn die Leute ihr eigenes Haus bauen. Sie packen dann selbst an und stecken privates Kapital rein. Und das

Einfamilienhaus fügt sich wunderbar ein in ein konservatives Familienbild.

Inwiefern?

Der damalige Bundesbauminister Paul Lücke von der CDU ließ sich im Juli 1961 in der Zeitschrift *Schöner Wohnen* in seinem Garten abbilden, dahinter sah man sein Einfamilienhaus. Die Botschaft war: Der Patriarch, umgeben von seiner Frau und den sechs Kindern, beschafft seiner Familie dieses Haus. Es gibt auch eine Rede von ihm von 1951, da verbindet er die beengte Kleinwohnung mit Entsittlichung, mit dem Zwang zur Empfängnisverhütung und damit letztlich mit dem biologischen Volkstod. Er sagt das wörtlich so. Das Einfamilienhaus wird damit zum Instrument der Familienpolitik. Es sollte ein heteronormatives, patriarchales Familienideal fördern und die Leute bewegen, mehr Kinder zu kriegen. Nach dem Krieg musste ja eine große demografische Lücke gefüllt werden.

In der DDR lief es ganz anders. Die Bürger sollten dort gar nicht nach privatem Eigentum streben, im Gegenteil: Viele Grundbesitzer wurden enteignet.

Es klingt erst mal paradox, aber die kollektiven Wohnformen im Osten haben die Eigenheim-Propaganda im Westen sogar noch verstärkt. Das individuelle Wohnen in der BRD, orientiert am Vorbild USA, wurde bewusst als Gegenentwurf zum Wohnen in der DDR gefördert.

Das Eigenheim als Bollwerk gegen den Sozialismus?

Die Leute sollten durch privates Eigentum gegen kommunistische Ideen imprägniert werden. Und das Einfamilienhaus sollte politisch stabilisierend wirken: Wenn die Leute ihr Haus besitzen, dann wollen sie nicht sofort wieder einen Krieg anzetteln,

bei dem alles kaputtgehen kann oder sie enteignet werden können. Und schließlich leistet das Eigenheim einen Beitrag zur privaten Altersvorsorge. Nach dem Krieg waren die Kassen leer, da war es der Politik ganz recht, wenn die Leute selbst Sicherheiten für später aufbauten.

Wie wurden diese politischen Ziele umgesetzt?

Ich habe eine Aufstellung über die Maßnahmen gemacht, die das Eigenheim attraktiv machen sollten. Das ist eine ganze Seite. Der „Häuslebauer“-Paragraf etwa förderte den Bau und Erwerb von Wohngebäuden durch höhere Abschreibungen. Auch das Bausparen wurde stark unterstützt. Ich habe mit einem Hausbesitzer aus der Zeit gesprochen: Der war Kommunist und wollte eigentlich kein Eigenheim – aber er sagte, es wäre idiotisch gewesen, die Geschenke des Staates nicht mitzunehmen.

Sie argumentieren auch, das Einfamilienhaus stehe der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau im Weg. Wieso das denn?

Sehen Sie sich nur die typischen Grundrisse der Fünfziger- und Sechzigerjahre an! Die bilden ganz klar die Geschlechterrollen ab. Das Herren- oder Arbeitszimmer liegt zentral, dort ist oft auch der Kamin, das warme Herz des Hauses. Der Eingang liegt so, dass der Hausherr es über den Flur direkt aus der Garage betreten kann, ohne am häuslichen Geschehen vorbeizukommen. Auch Kinderzimmer spielen eine große Rolle, sie sind oft zum Garten ausgerichtet, mit großen Fenstern. Und es sind in der Regel mehrere Kinderzimmer vorgesehen, selbst wenn das Paar beim Einzug noch gar kein Kind hatte. Die Familienplanung ist in den Grundriss eingeschrieben. Die Hausfrau dagegen hat kein eigenes Zimmer, und die Küche ist sehr

klein, darauf ausgerichtet, dass dort eine Person allein arbeitet. Gemeinsam kochen ist nicht vorgesehen. Die Durchreiche zum Essbereich lässt sich zuklappen, sodass man die häusliche Arbeit nicht sieht.

Aber die Häuser heute sind doch ganz anders geschnitten. In jedem Neubau gibt es eine offene Küche.

Das Einfamilienhaus ist eine sexistische Wohnform. Das gilt bis heute.

Wie bitte?

In vielen Einfamilienhausgebieten gibt es ausschließlich Wohngebäude. Die alltäglichen Wege sind dadurch weit, und die Kinder müssen die ganze Zeit durch die Gegend gefahren werden, weil der öffentliche Nahverkehr so schlecht funktioniert. Die Häuser sind groß, und gleichzeitig gibt es diesen Anspruch an die Aufgeräumtheit des Wohnraums, der auch medial vermittelt wird. Nimmt man dann noch die Einkommensunterschiede dazu, lautet die Antwort oft: Die Frau bleibt zu Hause und leistet den Großteil der Care- und Hausarbeit. Heute kommt noch das Thema Home-Office dazu – und damit wieder die Frage, wer Anspruch auf einen eigenen Raum hat und wer nicht.

Bei all der Eigenheim-Propaganda, wie erklären Sie sich, dass Deutschland eine Nation der Mieter geblieben ist? In kaum einem Land in Europa besitzen weniger Bürger Wohneigentum.

Ich glaube, das hat auch mit dem Verhältnis zu Schulden zu tun. In den USA oder Frankreich tun sich viele leichter damit, hohe Kredite aufzunehmen. Hierzulande dominiert die Auffassung: Man spart sich das Haus vom Munde ab und übergibt es schuldenfrei an die nächste Generation, die dann am besten weiter in dem Haus lebt. Das ist das deutsche Narrativ einer erfolgreichen Lebensbiografie.

Viele begraben den Traum vom Eigenheim also lieber, als das Risiko einzugehen, es nicht abzahlen zu können?

Ja, so sehe ich das. Wobei ich die Frage anders stellen würde: Wenn der Traum vom eigenen Haus so schwierig zu realisieren ist, warum hält sich dieser Wunsch dann so hartnäckig? Es ist doch verrückt! In Deutschland gibt es 16 Millionen Einfamilienhäuser, und in jedem Leben im Schnitt nur 1,8 Personen. Beim Einfamilienhaus denkt man immer an die Familie mit zwei oder drei Kindern, aber die allermeiste Zeit wohnen dort höchstens zwei Menschen, häufig sogar nur eine Person. Es gibt zig Millionen Zimmer in diesem Land, die nicht genutzt werden, Hunderttausende Geschosse, die monatelang kein Mensch betritt. Das ist grotesk angesichts der Wohnungskrise.

Was schlagen Sie vor?

Statt neu zu bauen, sollten wir uns viel mehr mit dem bestehenden Wohnraum auseinandersetzen. Studierende haben in meinem Seminar Vorschläge erarbeitet, wie man Einfamilienhäuser anders nutzen kann. Eine Idee war, ein großes Haus, das nur noch von einer Person bewohnt wird, so umzubauen, dass mehrere Nachbarn dort einziehen können. Jede Person hätte ein eigenes Zimmer, ein eigenes Bad und sogar eine eigene kleine Küche. Und daneben gäbe es Räume für die Gemeinschaft.

Wie wollen Sie die Leute zum Umziehen bewegen? Gerade ältere Menschen hängen doch an ihrem Häuschen.

Das Problem vieler Einfamilienhaussiedlungen ist ihre homogene Altersstruktur: Die Bewohner ziehen zeitgleich ein und werden dort gemeinsam alt. Irgendwann

”

Wir dürfen

kein einziges

Haus mehr

bauen,

schon gar kein

Einfamilienhaus.“

leben dort dann nur noch ältere Leute in ihren viel zu großen Häusern. Würden einige gemeinsam in ein Haus ziehen, das zuvor in altersgerechte Wohnungen umgebaut wurde, könnten diese Menschen in ihrem vertrauten Viertel bleiben. Gleichzeitig würde Wohnraum für neue Bewohner frei. Wenn die Vorbesitzerin Wert auf ihren Garten legt, könnte sie rübergehen und in ihrem alten Garten arbeiten, die neuen Bewohner wären wahrscheinlich froh. Das ganze Quartier würde sich neu vernetzen. **Auf kaum einen SZ-Artikel gab es in diesem Jahr so viele Leserkommentare wie auf den Essay „Oma soll umziehen“. Da ging es darum, dass gerade ältere Menschen auf zu viel Wohnfläche leben.**

Viele Menschen spüren, dass ein Leben zu zweit oder allein auf 130 Quadratmetern eigentlich nicht richtig ist. Sie wissen, dass sich etwas ändern muss. Aber wenn das eigene vertraute Leben infrage gestellt wird und dann auch noch von oben herab, dann reagieren die Menschen allergisch. Das wurde bei der Debatte um das Heizungsgesetz extrem deutlich. Den Leuten vorzuschreiben, wie sie leben sollen, das ist politischer Selbstmord.

Wie geht es besser?

Eine Lösung könnte sein, die Leute zu beraten. Es gibt ja auch Energieberater, die nach Hause kommen und einem alles über die Heizung erzählen. Wieso gibt es niemanden, der beim Wohnen berät? Der fragt: Wird dir das Einfamilienhaus allein nicht zu viel? Du musst im Winter Schnee räumen, das Haus wird älter, du musst dich um das Dach kümmern. Vielleicht gibt es ja eine andere Lösung, und wir unterstützen dich dabei.

400 000 neue Wohnungen jedes Jahr, davon 100 000 Sozialwohnungen – die Ampelkoalition hat ihr Ziel nie erreicht, und nun gibt es sie nicht mehr. War das Ziel denn richtig?

Ich halte das Ziel für komplett verkehrt, jedenfalls in der Weise, wie es etwa von Olaf Scholz propagiert worden ist: dass man sich auf die grüne Wiese stellt und sagt, hier müssen wir jetzt richtig viel neu bauen. Aus meiner Perspektive muss die Antwort heißen: Wir dürfen kein einziges Haus mehr bauen, schon gar kein Einfamilienhaus.

Wenn ich also zu Ihnen komme und sage: Herr Engelke, Sie haben so tolle Ideen, bauen Sie mir bitte ein Haus auf dieses Grundstück – würden Sie wirklich ablehnen?

Ja, das würde ich nicht machen. Ich würde stattdessen einen Spaziergang mit Ihnen machen. Wir würden ein paar Bestandshäuser anschauen, in denen vielleicht etwas möglich ist. Dann würden wir uns gemeinsam ein Konzept dafür überlegen.

Ein Architekt, der nicht mehr bauen will – klingt, als wollten Sie sich selbst abschaffen.

Bei den Studierenden verändert sich das Berufsbild gerade radikal. Viele sehen ihre Rolle künftig mehr im Umbau und in der Beratung, im Moderieren verschiedener Interessen. Wir müssen die Qualitäten und Potenziale, die unser Wohnbestand hat, vermitteln und zugänglich machen. Deshalb würde ich in so einem Spaziergang mit Ihnen meine Aufgabe als Architekt sehen.

Wie wollen Sie denn selbst?

In einer Wohnung.

Würden Sie gern in einem Einfamilienhaus leben?

Ich bin in einem aufgewachsen und froh, dass ich diese ungeheuer privilegierte Wohnform erleben durfte. Gerade deshalb denke ich, dass sich ihre Qualitäten architektonisch anders umsetzen lassen, zum Beispiel durch eine gemeinschaftliche Nutzung. So stünden die Vorteile des Einfamilienhauses mehr Menschen offen.